

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Kai Gehring, Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/7465 –

Bildungsstrategie für mehr Chancengerechtigkeit starten

A. Problem

Der Zugang zu Bildung und der Bildungserfolg hängen in der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab. Auch Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund haben nicht die gleichen Bildungschancen, weil die gegliederte Struktur des Schulsystems die soziale Ungleichheit verschärft. Dies gilt insbesondere deshalb, weil das deutsche Bildungssystem nach oben wenig durchlässig ist. Auch am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung werden Bildungschancen vereitelt, denn nur noch 60 Prozent derjenigen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, finden überhaupt eine Lehrstelle.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird neben weiteren konkreten Forderungen aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern eine Bildungsstrategie für mehr Chancengerechtigkeit vorzulegen, die über die Grundschule hinaus längeres gemeinsames Lernen, eine zügige Veränderung der Lehreraus- und -fortbildung, Sprachförderung auch im Fachunterricht, den weiteren Ausbau der Ganztagschulen in Verbindung mit neuen Lernkonzepten, einen Mix aus verschiedenen Fachkräften und der verstärkten Anwerbung von Personal mit Migrationshintergrund, die Einrichtung von Produktionsschulen in allen Bundesländern, kontinuierliche Berichte zu den Fortschritten in den Handlungsfeldern umfasst.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/7465.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/7465 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichterstatter

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Uwe Barth
Berichterstatter

Cornelia Hirsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Uwe Barth, Cornelia Hirsch und Priska Hinz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7465** in seiner 133. Sitzung am 13. Dezember 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss sowie an die Ausschüsse für Arbeit und Soziales und für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass die aktuellen Bildungsstudien IGLU und PISA erneut belegen, dass der Zugang zu Bildung und der Bildungserfolg in der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich stark von der sozialen und ethnischen Herkunft abhängen. Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund haben nicht die gleichen Bildungschancen, weil die gegliederte Struktur des Schulsystems die soziale Ungleichheit verschärft. Dies gilt insbesondere deshalb, weil das deutsche Bildungssystem nach oben wenig durchlässig ist. Auch am Übergang von der Schule in die Berufsausbildung werden Bildungschancen vereitelt, denn nur noch 60 Prozent derjenigen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, finden überhaupt eine Lehrstelle. Eine solche Vergeudung von Potenzialen und Talenten ist inakzeptabel. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrer Herkunft gerechte Bildungschancen haben und gefördert werden. Jeder hat Anspruch auf eine zweite Chance, wenn er im ersten Anlauf keinen Schul- oder Berufsabschluss erreicht hat.

Die Bundesregierung wird neben weiteren konkreten Forderungen aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern eine Bildungsstrategie für mehr Chancengerechtigkeit vorzulegen, die über die Grundschule hinaus längeres gemeinsames Lernen, eine zügige Veränderung der Lehreraus- und -fortbildung, Sprachförderung auch im Fachunterricht, den weiteren Ausbau der Ganztagschulen in Verbindung mit neuen Lernkonzepten, einen Mix aus verschiedenen Fachkräften und der verstärkten Anwerbung von Personal mit Migrationshintergrund, die Einrichtung von Produktionsschulen in allen Bundesländern sowie kontinuierliche Berichte zu den Fortschritten in den Handlungsfeldern umfasst.

Des Weiteren wird die Regierung aufgefordert,

- eine nationale Qualifizierungsinitiative vorzulegen;
- ihre bildungspolitische Verantwortung wahrzunehmen und insbesondere in den Bereichen frühkindliche Förderung, Übergang Schule-Beruf, Ausbildung und Weiterbildung tätig zu werden;
- den Rechtsanspruch für Kinder auf einen Krippenplatz ab einem Jahr gesetzlich zu verankern, die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern und perspektivisch auf Hochschulniveau anzusiedeln sowie auf das geplante Betreuungsgeld zu verzichten;

- eine Strukturreform der beruflichen Bildung umzusetzen;
- eine Weiterbildungsstrategie zu erarbeiten, die die Weiterbildungsbeteiligung auch in bislang weiterbildungsfernen Bevölkerungsgruppen deutlich steigert;
- die zahlreichen öffentlich finanzierten Projekte, Programme und Förderinstrumente im Bereich Aus- und Weiterbildung auf Bundes- und Länderebene in Zusammenarbeit mit den Ländern zu bündeln, zu straffen, besser zu koordinieren und Doppelfinanzierungen entgegenzuwirken;
- die Bedingungen für Bildungs- und Wissenschaftsausgaben zu verbessern und Vereinbarungen für Ausgaben im Bildungsbereich kooperativ zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln;
- die mit der nationalen Bildungsberichterstattung betrauten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu beauftragen, Empfehlungen für die Qualitätsverbesserung und Strukturveränderung des Bildungssystems auszusprechen;
- bei der Förderung der Bildungsforschung einen Schwerpunkt auf Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu legen und durch international vergleichende Ansätze zu untersuchen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Innenausschuss** und der mitberatende **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/7465 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/7465 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 50. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7465 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird zunächst der im Antrag getroffenen Feststellung beigetreten, dass die dem Antrag zugrunde liegende Analyse nach wie vor richtig

sei. Herkunft sei immer noch im negativen Sinne entscheidend für die Bildungsperspektive des Einzelnen. Im Zweijahresvergleich habe sich lediglich die Ausbildungssituation durch die Neujustierung des Ausbildungsmarktes verbessert.

Allerdings werde im Antrag ein Bündel von Maßnahmen gefordert, die durch Regierungshandeln bereits überholt sei. Dennoch sei nach wie vor eine Strukturreform der Berufsausbildung notwendig. Insbesondere müssten die Übergänge verbessert werden, es bedürfe einer stärkeren Öffnung der Bildungssysteme sowie der Anerkennung und Akzeptanz der jeweilig erlernten Kompetenzen. Dies habe bereits der Innovationskreis der Bundesregierung entsprechend thematisiert. Und es sei jetzt in das parlamentarische Handeln eingeflossen. Um verstärkt Einstiegsmöglichkeiten in die klassische Berufsausbildung zu schaffen, aber auch die Vernetzung von Ausbildung und Weiterbildung herzustellen, müsse anhand neuer Ergebnisse die Berufsbildungsreform überprüft werden.

Ein wesentlicher Kritikpunkt sei hingegen die im Antrag geforderte Modularisierung der Berufsausbildung. Dies werde abgelehnt, da man bei dem Berufsprinzip, also einer breiten Ausbildung, bleiben wolle. Auch gebe es bereits einen umfangreichen Beschluss zur Alt-Bewerberthematik. Die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD werde in Bezug auf die Weiterbildung und des lebenslangen Lernens initiativ werden und in ihrem umfassenden Antrag auch die dem vorliegenden Antrag zu begrüßenden Vorschläge einfließen lassen. Daher werde der Antrag abgelehnt.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird hervorgehoben, dass in dem Antrag eine Disproportionalität zwischen der allgemeinen Analyse und dem faktisch alles ansprechenden Fragenkatalog vorhanden sei. Zwar teile man die Ansicht, dass es zu einem Bildungsgipfel kommen solle, der allerdings kein einmaliges Ereignis bleiben, sondern eine kontinuierliche Form der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und den Ländern begründen solle. Zudem bedürfe es kontinuierlicher Fortschrittsberichte bezüglich der sozialen Integration, der Verbesserung im Bereich sozialer Chancengleichheit und der Bildungsgerechtigkeit.

Auch müsse es mehr geben, als die Vereinheitlichung im Sinne frühkindlicher Bildung und eines gemeinsamen Schulabschlusses. Hier bestehe Handlungsbedarf. Dies könne an drei Punkten erläutert werden: zum Ersten teile man die Kritik, dass das Internetportal zur Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher nicht ausreiche. Das Ergebnis eines Bildungsgipfels müsste ein umfassendes Weiterbildungsnetzwerk für Erzieherinnen und Erzieher sein. Zum Zweiten müsse der Sprachenbereich im Bildungs-/Forschungsprogramm untersucht werden. Die Qualifizierungsinitiative dürfe nicht nur auf Kindertagesstätteneinrichtungen beschränkt werden, sondern müsse genauso für den schulischen Bereich gelten. Zum Dritten müsse man hinsichtlich des gemeinsamen Lernens weiter denken. Letztlich überwiegen in dem Antrag die kritisch zu bewertenden Aussagen wie zum Beispiel die Forderung, Kern einer Reform solle die Modularisierung von Ausbildungsgängen im Rahmen des Berufsprinzips sein.

Die **Fraktion der FDP** bestätigt, dass im Antrag gute Impulse für den Bereich der frühzeitigen Förderung von Kindern sowie auch gute Impulse für die Wichtigkeit und

Bedeutung der Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertagesstätten vorhanden seien. Dennoch sehe die Fraktion der FDP das Problem bei der Gesamtreihung des Antrages. Trotz des immer noch bedauerlichen hohen Maßes an Bildungsungerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, habe es deutliche Veränderungen innerhalb der letzten Jahre gegeben. So stünde die Bundesrepublik Deutschland erstmals besser im OECD-Durchschnitt da. Auch die höheren Chancen von Akademikerkindern, weiterführende Gymnasien zu besuchen, seien im Vergleich zu der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 gesunken. Es kristallisiere sich eine deutliche Entwicklung zu einer Besserung heraus.

Die Fraktion der FDP hat erhebliche Probleme mit der Kernthese, dass die gegliederte Struktur des Schulsystems in der Bundesrepublik Deutschland die soziale Ungerechtigkeit verschärfe. Neuere Langzeitstudien hätten ergeben, dass die Gesamtschule letztlich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit schaffe als Schulen des dreigliedrigen Schulsystems. Ein Einheitsschulsystem sei daher abzulehnen. Die soziale Ungleichheit als Konsequenz des gegliederten Schulsystems zu behaupten, sei die falsche Schlussfolgerung, zumal sich das Gegenteil seit dem Jahr 2000 abzeichne.

Aber der Antrag habe in einzelnen Bereichen, wie zum Beispiel bei der frühkindlichen Bildung, auch Punkte, die man unterstützen könne. Der Grundgedanke jedoch, das gesamte Problem der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland sei auf die gegliederte Struktur des Schulsystems zurückzuführen, sei schlicht falsch. Dem Antrag könne deshalb nicht zugestimmt werden.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird erklärt, dass man sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten werde. Zwar beinhalte der Antrag sehr viele richtige und sinnvolle Anregungen, dennoch hätte man sich in einigen Bereichen noch deutlichere Formulierungen gewünscht. Gerade im Bereich des gemeinsamen Lernens über die Grundschule hinaus, stelle sich die Frage, wie in einem gegliederten Schulsystem eine individuelle Förderung gewährleistet werden könne. In einem solchen System könne man das Einsortieren der Schülerinnen und Schüler nach ihrer sozialen Herkunft nicht verhindern.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird festgestellt, dass man im Plenum schon die Debatte über die Ergebnisse und Konsequenzen aus den Schulleistungsstudien geführt habe. Trotz der Tatsache, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich etwas verbessert habe, gebe es nach wie vor das eklatante Problem einer Ungerechtigkeit im Bildungssystem. Der schulische Erfolg hinge immer noch vom Elternhaus ab. Hieran habe sich seit der ersten Veröffentlichung der PISA-Studie nichts Wesentliches verändert. Immer noch hätten Arbeiterkinder eine fast dreimal geringere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als Akademikerkinder. Insbesondere Immigrantenkinder seien benachteiligt.

Dies alles müsste einen zum Nachdenken darüber anregen, wie das Bildungssystem gesamtstaatlich verbessert werden könne.

Ein weiteres Thema sei die Weiterbildungsteilnahme, wo man mit 7,5 Prozent gegenüber dem im Benchmark festgelegten Ziel von 12,5 Prozent weit zurückliege. Hier stelle

sich die Frage, ob die Weiterbildungsstrategie inzwischen konzeptionell erfolgt sei. Des Weiteren erwarte man einen konkreten Zeithorizont und Auskunft über die Bausteine dieser Weiterbildungsstrategie.

Bezüglich der Erzieherausbildung seien Angaben über Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Steigerungen notwendig, die über das Weiterbildungsportal im Internet hinausgingen.

Bezüglich des durch die Föderalismusreform ins Leben gerufenen Bildungsforschungsprogramms erwarte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Auskunft über den Stand der abgerufenen Gelder. Ferner möchte sie wissen, welche Projekte eingeleitet worden seien und auf welchem Stand sich diese Projekte befänden. Außerdem wird die Frage gestellt, ob es für das sehr wichtige Thema der Evaluierung der diversen Länderprogramme Fördermittel des Bundes für die Länder gäbe. Abschließend wird festgestellt, dass bislang kein gemeinsames Vorgehen des Bundes und der Länder gesehen werden könne, um das Bildungssystem erfolgreich zur Verbesserung der Ergebnisse in den nächsten Jahren umzustellen.

Die **Bundesregierung** betont, dass der von der Bundesrepublik Deutschland belegte 11. Platz im Rahmen der IGLU-Studie hinsichtlich der Lesekompetenz im vierten Schuljahr ein bildungspolitischer Erfolg sei. Bei der Bewertung der Ergebnisse dieser Studie müsse man im Übrigen wissen, dass unter den ersten zehn drei kanadische Provinzen lägen. Dies widerlege die These, föderalistische Bildungssysteme seien grundsätzlich schlechter geeignet als zentralistisch organisierte.

Eine kontinuierliche Berichterstattung sowohl national als auch international werde ebenfalls als wichtig erachtet, um einen Qualitätsstandard des Bildungssystems auch im internationalen Vergleich zu ermitteln.

In diesem Jahr werde es drei wichtige Etappen im Bereich der Bildungsberichterstattung geben: im Juni werde zum Ersten der nationale Bildungsbericht, also eine gemeinsame

Berichterstattung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz, vorgelegt. Zum Zweiten werde es noch vor der Sommerpause eine längere spezifische Auswertung der PISA-Studie geben. Zum Dritten werde man im Spätherbst auch die neue TIMMS-Studie vorstellen.

Bezüglich der richtigen Schlussfolgerungen aus dieser kontinuierlichen Berichterstattung sei ein bereichsübergreifender Blick entscheidend und für das Bundesministerium für Bildung und Forschung Anlass gewesen, die nationale Qualifizierungsinitiative in Angriff zu nehmen. Hierbei stelle sich die entscheidende Frage, wie ein Zusammenwirken von Bund und Ländern im Rahmen der Initiative überhaupt zu planen sei. Diesbezüglich habe es am 19. Dezember 2007 einen Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern gegeben, eine solche Qualifizierungsinitiative zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu starten. Außerdem habe die Amtschefskonferenz der Kultusministerkonferenz am 7. Februar 2009 beschlossen, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung einen Lenkungsausschuss einzusetzen. Dieser werde dann mit den betroffenen Fachressorts von Bund und Ländern Einzelvorschläge ausarbeiten und zusammenführen, sodass durch die Regierungschefs von Bund und Ländern im Herbst 2008 eine Beschlussfassung herbeigeführt werden könne.

Neben der Zusammenarbeit von Bund und Ländern sei auch die Zusammenarbeit des Bundes mit Wirtschafts- und Sozialpartnern eine wichtige zweite Säule zur Weiterentwicklung der nationalen Qualifizierungsstrategie.

Zu den Überlegungen bezüglich des gemeinsamen Lernens über die Grundschule hinaus vertritt die Bundesregierung die Ansicht, dass dieses Thema sehr stark die Länder betreffe. Für die Bundesregierung sei es dabei wichtig, dass man nicht die Frage des gegliederten Schulsystems über die der quantitativen Aspekte bei der Debatte über die Verbesserung der Qualität unseres Bildungssystems stellen dürfe.

Berlin, den 13. Februar 2008

Uwe Schummer
Berichterstatter

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Berichterstatter

Uwe Barth
Berichterstatter

Cornelia Hirsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

